

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Bulander,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Gönner,
sehr geehrte Frau Bernhard,
sehr geehrter Herr Hoffmann,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Lage im Land ist momentan von einer gewissen Wut und Enttäuschung der Bürger geprägt. Viele Menschen sind frustriert über verschiedene politische und soziale Entwicklungen. Überall Krisen und nicht Wenige fragen sich, ist unser Land noch zu retten?

„Ich kenne mein Land nicht mehr“, wird häufig gesagt, es wird von undemokratischem Verhalten von Denen da oben geredet oder ein Totalversagen unseres Staates formuliert, wie es vor kurzen in der Zeitung nach einer Montags-Demo in Mössingen stand, als ein Teilnehmer mit den Worten zitiert wurde: „In Deutschland funktioniert gar nichts mehr, nicht mal der Pfandautomat im Supermarkt“.

Ist dem so, oder ist schlichtweg in Vergessenheit geraten, dass die Sicherstellung der Grundbedürfnisse für uns alle, nur aufgrund unserer vorhandenen demokratischen Strukturen erfolgt und durch Wut und Enttäuschung in den Hintergrund getreten ist, dass es uns in Summe doch gut geht?

Das soll jetzt keine Beschönigung für das sein, was sich tatsächlich in den letzten Jahren negativ entwickelt hat oder auf welches zu spät reagiert wurde, übrigens schon lange vor der „Ampel“, welche aktuell ja für alles verantwortlich ist.

Es ist einiges, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten in die falsche Richtung ging:

- die Fehlentwicklungen bei der Deutschen Bahn,
- das zu späte Reagieren auf den Fachkräftemangel (mit einer konsequenten und zielgerichteten Einwanderungspolitik),
- das Versäumnis die Weichen frühzeitiger zu stellen, damit die Auswirkungen des demographischen Wandels nicht in der Form spürbar sind, dass pädagogisches und pflegerisches Fachpersonal in einem Ausmaß fehlt, so dass Pflege, Betreuung und Bildung nicht mehr verbindlich und sicher gewährleistet werden können,
- eine seit Jahrzehnten verfehlte Agrarpolitik,
- die zu geringen und zögerlichen Schritte beim Thema Klimaschutz bzw. die erforderliche Anpassung und Vorbereitung unserer Gesellschaft ökologisch, ökonomisch und sozialpolitisch auf den Klimawandel.

Die Aufzählung könnte man fortzuführen und dennoch ist Resignation keine Lösung, ein kritischer Blick zwar erforderlich, aber auch die Wertschätzung des Seins!

Im Tagblatt hat Peter Ertle vor ein paar Wochen treffend formuliert: *“Schreiben Sie doch mal auf einen Zettel, wo Sie nach reiflicher Überlegung aller Gesichtspunkte lieber leben würden als in Deutschland oder sagen wir Europa. Ich prophezeie: Viele Länder werden da nicht stehen.“*

Wir sind noch immer eine stabile und starke Wirtschaftsnation. Vielen Menschen geht es gut, und die sozialen Sicherungssysteme funktionieren für die, denen es nicht so gut geht. Zu resignieren ist keine Lösung, es ist viel wichtiger an das Gemeinwohl zu denken und was jeder von sich aus dazu beitragen kann.

Zum Beispiel durch eine rege Beteiligung an der Kommunalwahl am 09. Juni 2024 oder noch besser, in dem Sie auf einer Gemeinderatsliste kandidieren, natürlich gerne auf der SPD-Liste.

Es wird nicht gelingen unsere Zukunft zu gestalten, wenn wir die Schuld an den Problemen Anderen zuschieben, anderen Parteien, anderen politischen Ebenen, „denen da oben“. Es geht nicht, wenn vorausgesetzt wird, dass neben dem Recht des gehört werden, auch ein Recht auf das Erhören besteht, zur Demokratie gehört auch der Kompromiss.

Diese vorhandenen Ängste über die Zukunft, diese Furcht, wird von interessierter Seite geschürt, es soll unsere Gesellschaft aus dem Mit- in das Gegeneinander führen, dem müssen wir alle entgegenstehen.

In den letzten Wochen wurde vermehrt der Bundeshaushalt als „Schicksalsbuch der Republik“ bezeichnet, wir beraten somit heute das „Schicksalsbuch der Stadt Mössingen“.

Bei der Einbringung des Haushalts am 20.11.2023 haben Sie, sehr geehrte Herr Oberbürgermeister, formuliert, dass beim Aufstellen des Haushalts bis zuletzt eingespart, geändert und gestrichen werden musste und die Deckungslücke von 2,9 Mio. € nur durch einen Griff in die Rücklagen ausgeglichen werden konnte. Sie sprachen vom bislang schwierigsten Haushaltsplan. Ein Alarmzeichen.

Dennoch ist der Haushaltsplan 2024 für sich betrachtet kein „Schicksalsbuch“, sondern dokumentiert, mit welchem hohen Standard wir immer noch unser Alltagsleben bestreiten können:

- Straßen, Wege und Brücken werden saniert (wenn auch nicht in dem erforderlichen Umfang für einen wertsichernden Substanzerhalt, aber das kann sich aktuell keine Kommune leisten),
- die Innenstadt wirkt jetzt städtischer (wenn auch noch ein Teilstück fehlt),
- der Sportstätten Dialog wird fortgeschrieben,
- der geplante Bau einer neuen Sporthalle ist fest verankert,
- die Kinderbetreuung wird baulich und personell nach dem Bestmöglichen angeboten, der Personalmangel bereitet dabei leider wie auch in anderen Städten große Sorge,
- die Ver- und Entsorgung ist gesichert (fließend Kalt- und Warmwasser allerorten; wenn es dunkel wird, schalten wir einfach das Licht an; warm wird es auch, wenn die Heizung aufgedreht wird, wer hätte das vor einem Jahr gedacht),

- darüber hinaus ist die Gesundheitsversorgung vor Ort für die Größe von Mössingen hervorragend,
- und für den Schulstandort gilt das Gleiche.

Diese Aufzählung lässt sich fortsetzen, alles ist im Haushaltsplan aufgelistet und dokumentiert.

Für diese Sicherstellung des „Alltäglichen“, für diese Arbeit, möchten wir Ihnen Herr Oberbürgermeister, stellvertretend für die Verwaltung, dabei speziell Ihnen Frau Bernhard und Ihrem Team und Herrn Hoffmann für die Stadtwerke, von Seiten der SPD-Fraktion danken. Wenn man den Haushaltsplan liest, zugegebenermaßen gibt es spannendere Lektüren, erkennt man rasch, mit welchem Aufwand finanziell und personell, unser „gewohntes Alltägliches“ sichergestellt und dabei zusätzlich die Entwicklung für die Zukunft unserer Stadt im Auge behalten wird.

Der Finanzplan im Haushalt 2024 zeigt aber auch noch etwas anderes auf, eine gewisse Ernüchterung. Alles, was hier zusammengestellt und gelistet wird, als Planung vorgesehen oder fortgeführt werden soll, in der baulichen Umsetzung bereits läuft oder angedacht ist, viele Wünsche und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, über das „Alltägliche“ hinaus, wird so nicht gehen. Wir werden priorisieren müssen und wenn priorisiert wird, bedeutet dies immer, dass an der einen oder anderen Stelle verzichtet werden muss. Ob dies kurz- oder längerfristig sein wird oder ganz, wird sich u.U. bereits im Laufe des Jahres zeigen und damit auch, wie groß die Bereitschaft auf Verzicht ist.

Ursache sind Aufgaben und damit Ausgaben, welche aktuell nur anteilig in der Finanzplanung enthalten sind und dennoch unausweichlich werden, wollen wir unser „Alltäglich“ auch für die Zukunft sicherstellen. Dabei geht es um ökologische, ökonomische und sozialpolitische Herausforderungen, welche auf die Städte und Gemeinden im Land zukommen und folglich auch auf Mössingen.

Zuallererst ist hier der Klimawandel zu nennen, welcher die Herausforderung für unsere Gesellschaft der nächsten Jahre, ja Jahrzehnte darstellt. Hier geht es nicht nur um die Klimaneutralität mit der notwendigen Umstellung z.B. bei der Mobilität, vielmehr geht es um die Anpassung der Städte und Gemeinden an den Klimawandel.

Dazu ist eine Klimaanpassungsstrategie erforderlich, welche darauf abzielt, die Folgen des Klimawandels zu minimieren und sich an den Klimawandel anzupassen. Sie beinhaltet eine Bestandsaufnahme der klimatischen Bedingungen, eine Analyse der Folgen sowie Maßnahmen zur Anpassung z.B. im Bereich Wohnen, Mobilität, Umwelt oder soziale Integration.

Mit der „Energetischen Quartiersentwicklung Nord-Ost“ hat der Gemeinderat am 18.12.2023 einen wichtigen Baustein zur Klimafolgeanpassung beschlossen, welcher den richtigen Weg aufzeigt, bei dem wir jedoch erst am Anfang stehen. Die Entwicklung der dafür erforderlichen Konzepte und Planungen und deren bauliche Umsetzung wird den Haushalt in den nächsten Jahren belasten.

Mit der Erstellung der Starkregengefahrenkarten ist die Verwaltung einen weiteren wichtigen Schritt gegangen, weitere aber müssen folgen und die sind sehr

kostenintensiv. Die Umsetzung des erforderlichen Maßnahmenprogramms wird den Haushalt auch hier in den nächsten Jahren zusätzlich belasten.

Diese dafür erforderlichen Mittel sind jedoch zwingend nötig und können nicht geschoben werden.

Es stehen noch weitere Aufgaben und Herausforderungen an, welche zusätzlich finanzielle und personelle Kapazitäten erfordern.

Zu nennen sind dabei beispielhaft,

- die notwendige Anpassung des Bahnhofs- und Rathaus-Areals infolge der Regionalstadtbahn und des Baus vom „Haus der Regionen“ auf dem Gelände des ehemaligen Kreissparkassenareals durch den Regionalverband (hier soll der Rückbau bereits im Jahr 2024 erfolgen),
- die Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung z.B. auf dem Hoeckle-Aral und dem Pausa-Gelände mit Hilfe der kommunalen Planungshoheit,
- die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur weiteren Förderung des sozialen Miteinanders (auch wenn Mössingen hier auf einem guten Weg ist)
- und die Unterbringung Geflüchteter und die daraus notwendigen Integrations- und Betreuungsleistungen, zu welcher die Stadt und die Stadtgesellschaft, im Rahmen des Möglichen, nicht nur aus gesetzlichen Gründen verpflichtet ist.

Bei all diesen Maßnahmen ist eins klar, diese ökologischen, ökonomischen und sozialpolitischen Herausforderungen werden wir ohne umfassende finanzielle Unterstützung aus Bund und Land nicht bewältigen können. Insofern ist es in 2024 für uns von großer Bedeutung wie die Diskussion über eine Anpassung der Schuldenbremse im Bund weitergeführt wird und ob durch eine Anpassung, z.B. der Klima- und Transformationsfond die erforderlichen Mittel für den Klimaschutz in den Städten, Gemeinden und Kreisen zur Verfügung stellen kann. Denn in den Städten, Gemeinden und Kreisen entscheidet sich der Klimaschutz. Mit einer Erhöhung kommunaler Gebühren oder Gewerbesteuer werden wir als Kommune all diese Herausforderungen nicht bewältigen. Eine Anmerkung noch dazu: Ein ausschließliches Streichen bei den Sozialausgaben wird dies auch nicht erreichen.

Diese vorgenannten Rahmenbedingungen (Umfang der geplanten und zusätzlichen Investitionen, eine stetig steigenden Kreisumlage und die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes auf die Haushalte von Bund und Land und damit auf die Förderprogramme) und nicht fehlende Kreativität, haben die SPD-Fraktion dazu bewogen keine ausgabenwirksamen Haushaltsanträge für den Haushaltsplan 2024 zu stellen.

Wir werden selbstverständlich weiterhin sach- und fachliche Anträge und Anfragen stellen, aber heute, so ist der Brauch, sollen ja nur ausgabenwirksame Anträge gestellt und beraten werden.

Das Mössingen ein gutes Miteinander besitzt, ist vor allem den vielen ehrenamtlichen Helfern zu verdanken, ohne deren Unterstützung unsere Stadtgesellschaft ärmer und ungerechter wäre. Ihnen allen, welche in den Vereinen, Initiativen oder auch allein mithelfen die soziale Ader unserer Stadt zu stärken, gilt der Dank der SPD-Fraktion.

Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, für die konstruktive Zusammenarbeit. Wir sind nicht immer einer Meinung, haben auch häufig andere Zielsetzungen, uns vereint aber der Grundsatz unser Handeln und unsere Entscheidungen zum Wohle der Gesamtstadt Mössingen zu tätigen.

Es schmerzt und verursacht große Sorgen, dass 2024 tatsächlich zu einem Schicksalsjahr werden kann, nicht nur finanziell, sondern vor allem politisch, da es in breiten Schichten der Bevölkerung als hinnehmbar gesehen wird, dass unsere Grundrechte in Gefahr sind.

Wenn die seit ca. 2 Wochen immer größer werdenden Demonstrationen für unsere Demokratie auch ein ermutigendes Zeichen sind, ist eine klare Positionierung aller demokratischen Kräfte im Bund, im Land und den Kommunen erforderlich.

Deshalb, wenn sich Frustration und ein Gefühl der Ungerechtigkeit oder des nicht Erhörens einstellt, ist es gutes, demokratisches Recht seinen Unmut zu zeigen und zu protestieren, ob friedlich auf der Straße oder in der Wahlkabine. Was aber nicht geht ist, dass dieser Unmut dazu führt, dass aus Protest das Heil bei denen gesucht wird, welche rassistisch, undemokratisch und auf die Spaltung unserer Gesellschaft ausgerichtet sind. Das Thema der Remigration sollte den letzten die Augen öffnen, das hat mit einer Protestwahl nichts mehr zu tun. Zur Klarstellung, nicht jeder der die AfD wählt vertritt ihre Ideologie, aber ihnen muss bewusst sein, dass ihr Handeln unsere freiheitlich demokratische Grundordnung gefährdet und damit unsere liberale Demokratie. Vertrauen Sie nicht denen, welche in blau Ihnen das Blaue vom Himmel herunter versprechen, machen sie sich bewusst, was sie mit Ihrer Wahl anrichten, und sage hinterher keiner, er habe von nichts gewusst. Der Flächenbrand, der entstehen kann, wird, wenn überhaupt, nur schwer zu löschen sein. Hass und Hetze haben in unserem Land keinen Platz.

Wenn es uns 2024 gelingt diejenigen zu erreichen, die in Ihrer Wut und Frustration nicht sehen, was sie tun, dann ist dieses Jahr kein Schicksal, sondern eine Chance und der Haushaltsplan 2024 ist dafür eine wichtige Grundlage.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die SPD-Fraktion

Arno Valin